

Unsere Idee kennt keine Grenzen

Europa steht an einem Scheideweg zwischen Abhängigkeit und Eigenständigkeit. Groß- und Weltmächte handeln ihre Interessen zunehmend bilateral und ohne europäische Mitsprache aus. Die Zeit, in der Europa auf eine wohlmeinende westliche Schutzmacht und eine von dieser getragene regelbasierte Weltordnung vertrauen konnte, ist vorbei.

Die Gefahr wächst, zum bloßen Objekt fremder Politik zu werden. Kein einzelner Mitgliedstaat der Europäischen Union verfügt über die nötigen Ressourcen, um im 21. Jahrhundert seine Interessen wirksam zu behaupten. Der Druck von außen kann Europa enger zusammenführen. Wie groß die globalen Erschütterungen sind, zeigt beispielsweise, dass ein EU-Beitritt der Schweiz in den Bereich des Möglichen kommt.

Allerdings müssen die Staats- und Regierungschefs jetzt unbequeme Wege gehen. Denn sonst droht der ungeheure Außendruck die EU doch noch zu zerreißen. Ein Wettlauf nationaler Regierungen um bilaterale Vorteile bei Russland, den USA oder China würde die Union in ihrer Substanz gefährden.

Bereits in der Zwischenkriegszeit hatten europäische Staaten versucht, durch Sonderabkommen Sicherheit oder ökonomische Vorteile zu gewinnen – mit fatalen Folgen für die Stabilität des Kontinents. Auch heute sind ähnliche Tendenzen sichtbar: Russland bindet einzelne Staaten nach wie vor durch Energieabhängigkeiten. China nutzt weiterhin Investitionen, um politische Einflusszonen aufzubauen. Die USA setzen auf Zölle als Waffe und immer häufiger auf selektive bilaterale Beziehungen.

Die Erkenntnis wächst, dass Europa nur durch gemeinsame Politik handlungsfähig bleiben kann. Das gilt nicht nur für die Sicherheitspolitik. Denn ohne gemeinsame Energie- und Wirtschaftspolitik – über den bisherigen Binnenmarkt hinaus –, ohne

Kapitalmarktunion muss jede Außen- und Verteidigungspolitik Stückwerk bleiben.

Es ist ein strategisch abgestimmtes Vorgehen in Industrie-, Energie- und mit Blick auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt auch die Sozialpolitik vonnöten. Nur wenn strukturelle Ungleichgewichte innerhalb der Union ausgeglichen werden, lassen sich die inneren Bruchlinien schließen, die externe Akteure sonst ausnutzen.

Mehr Sicherheit ist nicht allein durch höhere Verteidigungsausgaben zu bekommen. Schon heute geben die EU-Staaten zusammengekommen mehr als Russland für Rüstung aus, doch die Mittel verpuffen durch ineffiziente Doppelstrukturen und fehlende Koordination.

Ebenso ist die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung Europas zentral. Abhängigkeiten von chinesischen Seltenen Erden machen Europa verwundbar. Gemeinsame Beschaffung, strategische Vorratshaltung und koordinierte Investitionen können die Widerstandsfähigkeit erheblich stärken.

Auch im wirtschaftlichen und sozialen Bereich liegt die Zukunft in enger Kooperation. Nur mit einer abgestimmten Innovations- und Investitionsstrategie kann Europa mit den USA und China technologisch Schritt halten. Gleichzeitig muss eine gemeinsame Sozialpolitik verhindern, dass wachsende innere Disparitäten die Union von innen zerreißen.

Nationale Souveränität ist in einer globalisierten Welt relativ geworden. Geteilte Souveränität bedeutet nicht Verlust, sondern Zugewinn an Handlungsmacht. Das Beispiel der Europäischen Zentralbank zeigt, dass gemeinsame Institutionen Sta-



Bild: Lorenzo Epis / UEF

bilität schaffen, wo nationale Alleingänge versagt haben.

Europa verfügt über enorme Potenziale: ein Bruttoinlandsprodukt von rund 18 Billionen Euro, 450 Millionen Bürgerinnen und Bürger und Verteidigungsausgaben, die zusammengekommen deutlich über denen Russlands liegen. Doch solange diese Ressourcen nicht gebündelt werden, bleiben sie politisch wirkungslos.

Die Alternative zu einer echten Politischen Union ist ein sich beschleunigender Bedeutungsverlust. Die Wahl ist klar: Entweder wagt Europa den Sprung zu mehr Integration, oder es riskiert den Verlust von Freiheit, Wohlstand und Sicherheit.

Die überparteiliche Europa-Union setzt seit bald 80 Jahren auf den Europäischen Bundesstaat. „Unsere Idee kennt keine Grenzen“ lautet deshalb das Motto unseres diesjährigen Kongresses. Dabei geht es sowohl um die Aufhebung der Kontrollen an unseren Binnengrenzen als auch um das Überwinden von Denkblockaden.

*Christian Moos, Generalsekretär der
Europa-Union Deutschland*

„Die Leute wollen sehen, dass die EU funktioniert“ 35. Europäischer Abend in Berlin

Unter dem Titel „Deutschlands Beitrag zur Wehrhaftigkeit der Demokratie“ diskutierten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft am 8. Juli vor 250 Gästen im dbb Forum über die Herausforderungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Deutschland und Europa. Eingeladen dazu hatte die Europa-Union Deutschland gemeinsam mit dem dbb beamtenbund und tarifunion und dem Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement.



Der neue dbb-Bundesvorsitzende Volker Geyer eröffnete den Europäischen Abend.

Zur Eröffnung machte dbb-Vorsitzender Volker Geyer deutlich, wie zentral der öffentliche Dienst für das Funktionieren einer wehrhaften Demokratie sei. Das Berufsbeamtentum sei ein „Bollwerk gegen Extremismus“, nicht nur durch seine rechtliche Struktur, sondern vor allem durch seine tägliche Praxis im Dienst von Rechtsstaat und Gemeinwohl. Geyer erinnerte daran, dass Demokratie nicht selbstverständlich sei, sondern täglich verteidigt werden müsse. Insbesondere mit klaren Werten, unabhängiger Justiz und einem starken öffentlichen Dienst.

Auch die Bundesministerin der Justiz und für Verbraucherschutz, Stefanie Hubig, unterstrich in ihrer Rede, dass die Gewaltenteilung kein theoretisches Prinzip sei,

sondern im Alltag konkret erlebbar bleiben müsse. Gerade die Justiz sei zunehmend Angriffen ausgesetzt, sowohl verbal als auch physisch. Die Ministerin kündigte an, sich für eine Neuauflage des „Pakts für den Rechtsstaat“ einzusetzen, um die Justiz personell wie technisch besser auszustatten und gegen demokratiefeindliche Tendenzen zu wappnen.



Bundesjustizministerin Stefanie Hubig kündigte eine Neuauflage des „Pakts für den Rechtsstaat“ an.
Alle Fotos: Jan Brenner/dbb, 2025

In einer lebhaft geführten Podiumsdiskussion wurde der europäische Blick auf das Thema vertieft. Prof. Dr. Christian Calliess von der Freien Universität Berlin verwies darauf, dass Demokratieschutz in der EU oft von den Mitgliedstaaten abhängt, da auf europäischer Ebene viele Instrumente zur unmittelbaren Sicherung demokratischer Prinzipien fehlten. Ein weiteres zentrales Problem sieht Calliess im Vollzug europäischen Rechts: „Die Leute wollen sehen, dass die EU funktioniert. Wir müssen europäisches Recht mit Leben und Glaubwürdigkeit füllen. Es geht darum, dass die Mitglieder das Recht, das die EU beschließt, auch durchsetzen.“

Roland Theis, Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Europaausschuss, betonte, dass Recht allein nicht ausreiche, um Demokratie zu schützen. Demokratie müsse im Alltag erfahrbar und spürbar sein, insbesondere durch gute Politik, verlässliche Institutionen und ein aktives Miteinander. Vieles, was man als selbstverständlich erachte, bedürfe aktiver Verteidigung. Dies gelte für demokratische Grundwerte ebenso wie für die Errun-

gschaften der Europäischen Union. Mit Blick auf die junge Generation stellte Theis ein gewachsenes Bewusstsein für demokratische Prozesse fest.

Britta HaBelmann, Co-Vorsitzende der Bundestagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen, hob hervor, dass Europa sich als Wertegemeinschaft begreifen müsse. Wer gegen Grundrechte und rechtsstaatliche Prinzipien verstoße, dürfe nicht uneingeschränkt von EU-Fördermitteln profitieren. Sie forderte, dass Deutschland sich noch stärker für eine „Koalition der Rechtsstaatlichkeit“ innerhalb der EU einsetzen solle. Dr. Anna-Maija Mertens, Präsidentin der Europäischen Bewegung Deutschland, ergänzte, dass trotz einer positiven Grundhaltung zur EU bei vielen Menschen noch immer ein erhebliches Informationsdefizit herrsche. Laut einer aktuellen Forsa-Umfrage hielten 80 Prozent der Befragten die EU für wichtig, fühlten sich aber schlecht über ihre Funktionsweise informiert. Dieses „Wissensdefizit“ sei ein demokratisches Risiko und zugleich ein Auftrag an Zivilgesellschaft und Bildungsträger, so Mertens.



Das Panel mit (v. l.) EBD-Präsidentin Dr. Anna-Maija Mertens, Roland Theis MdB, Gosia Binczyk, Prof. Christian Calliess, Britta HaBelmann MdB und Moderatorin Katharina Kühn

Gosia Binczyk, stellv. Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, lenkte den Blick auf die institutionelle Ebene. Die EU sei vor allem ein rechtlicher Rahmen, sagte sie, und müsse ihre Instrumente gegen Desinformation und demokratiefeindliche Entwicklungen konsequent nutzen. Bei Regierungen, die Grundprinzipien missachten, wirkten finanzielle Sanktionen mitunter besser als diplomatische Appelle.

Den Schlusspunkt des Abends setzte Lilian Schwalb vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement. Sie erinnerte daran, dass eine lebendige Zivilgesellschaft unerlässlich für jede Demokratie sei. Wo sich Menschen einmischen, wo Vereine, Initiativen und Engagierte aktiv werden,

wachse die demokratische Resilienz. Umso wichtiger sei es, zivilgesellschaftliches Engagement zu fördern und gegen Versuche politischer Einflussnahme zu verteidigen.

Der 35. Europäische Abend zeigte eindrucksvoll, wie vielfältig die Voraussetzungen für eine stabile, wehrhafte Demokratie sind und wie sehr nationale und europäische Ebenen dabei zusammenwirken müssen. Die EUD sieht in den Diskussionen des Abends einen klaren Auftrag: Demokratie muss nicht nur geschützt, sondern aktiv gestaltet werden. Dazu gehören ein starker öffentlicher Dienst ebenso wie politische Bildung, transparente europäische Strukturen und ein entschiedener Einsatz für die Grundwerte Europas – in Berlin, in Brüssel und vor Ort.

Zum Auftakt der Veranstaltung wurde mit einer Schweigeminute des verstorbenen dbb-Bundesvorsitzenden Ulrich Silberbach gedacht. Die Europa-Union wird den überzeugten Europäer und engagierten Unterstützer der Zusammenarbeit beider Verbände mit großer Wertschätzung in Erinnerung behalten.

Text: dbb und EUD

Gaby Bischoff an die Spitze der Spinelli-Gruppe gewählt

EUD-Vizepräsidentin Gaby Bischoff MdEP wurde am 25. Juni zur neuen Vorsitzenden der Spinelli-Gruppe im Europäischen Parlament gewählt. Die Gruppe vereint Abgeordnete aus den proeuropäischen Fraktionen, die das Ziel einer föderalen Reform der Europäischen Union verfolgen, und arbeitet eng mit der Union Europäischer Föderalisten zusammen. Gaby Bischoff ist die erste Frau in diesem Amt. Gaby Bischoff (S&D) übernahm den rotierenden Vorsitz von dem österreichischen Europaabgeordneten Lukas Mandl (EVP).



Foto: Gerolf Mosemann

werden!", schloss Bischoff mit den Worten des Manifests.

„Die Spinelli-Gruppe setzt sich, im Geiste des Manifests von Ventotene, für eine vertiefte europäische Integration und die Weiterentwicklung der EU und ihrer Verträge ein“, sagte Gaby Bischoff nach ihrer Wahl. „Das Manifest von Ventotene aus dem Jahr 1941 betonte schon damals, dass ein geeintes Europa nur dann stark sein kann, wenn es Antworten auf Fragen der sozialen Gerechtigkeit und des Abbaus von Ungleichheit geben kann“, so Bischoff. „Der Weg, der eingeschlagen werden muss, ist weder leicht noch sicher. Aber er muss beschritten werden, und er wird beschritten

Benannt nach Altiero Spinelli, dem Vor- denker sowie Mitbegründer der Europäischen Föderalistischen Bewegung und einem der Gründerväter der europäischen Integration, wurde die Spinelli-Gruppe im September 2010 von aktiven und ehemaligen Europaabgeordneten gegründet. Dem Vorstand der Spinelli-Group gehören unter anderen auch die deutschen Europaparlamentarier und EUD-Mitglieder Daniel Freund (Grüne/EFA) und UEF-Vizepräsident Markus Ferber (EVP) an. ■



EuropaUnion
Deutschland

Impressum

3/2025

**EUROPA AKTIV –
Aktuelles aus Politik und Verbandsleben**

Herausgeber:

Europa-Union Deutschland e.V.
Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: info@europa-union.de
Internet: www.europa-union.de

Redaktion:

Birgit Kößling (v.i.S.d.P.)
Birka Meyer-Georges

Redaktionsanschrift:

Chausseestraße 84, 10115 Berlin
Tel.: (0 30) 9 21 01 40 00
E-Mail: redaktion@europa-aktiv.de

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 22.8.2025
Annahmetermin für Ausgabe 4+5/2025: 27.10.2025
Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion oder des Verbandes sowie seiner Untergliederungen wieder. Für die inhaltliche und sprachliche Gestaltung der Berichte der Landesverbände sind unmittelbar diese selbst verantwortlich. Alle abgedruckten Texte und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt.

Bei Adressänderungen wenden Sie sich bitte an den für Sie zuständigen Landesverband oder direkt an das Generalsekretariat der Europa-Union!

Gesamtherstellung:

SEOTrade Andreas Schreiber
Auf der Ley 5, 53773 Hennef
Mobil: (01 75) 5 28 93 77
E-Mail: info@seotrade.de
Internet: www.seotrade.de

Druck:

GÖRRES-DRUCKEREI UND VERLAG GMBH,
Koblenz/Neuwied
Internet: <https://www.goerres-druckerei.de>

Treffen der Europäischen Föderalisten in Brüssel

Politik und Verbandsorganisation der UEF im Fokus

Zum ersten Federal Committee Meeting des Jahres trafen sich am 21. Juni etwa 50 Europäische Föderalisten im Press Club Brussels Europe. Das Federal Committee (FC) ist das höchste Gremium der Union Europäischer Föderalisten zwischen den alle zwei Jahre stattfindenden Kongressen unseres europäischen Dachverbandes UEF. Die Europa-Union Deutschland war mit 12 Delegierten und einem Gast vertreten.



Gesprächsrunde mit (v. l.) Daphné Gogou, Prof. Mary Sancy, Domènec Ruiz Devesa, Christelle Savall, Christian Beck und Carlo Maria Palermo

Der Tagung ging am Vorabend eine Panneldiskussion voraus. Elf Podiumsgäste sprachen über die Rolle der mittlerweile 80-jährigen UNO und äußerten sich zu der Frage der Nachhaltigkeit, die sich zwischen Protektionismus und wieder erstarkendem Nationalismus durchsetzen müsse.

In seinem Bericht zur Eröffnung des FC-Meetings ging UEF-Präsident Domènec Ruiz Devesa auf die Aktivitäten und Erfolge des Dachverbandes sowie die Ereignisse seit dem letzten FC-Treffen ein, das im November 2024 in Budapest stattfand.

Der Jahresplan der UEF sieht keinen Termin für einen Kongress vor, deshalb haben wir gemeinsam mit unseren Freunden aus Ungarn,

Entschließungen des UEF-FC

- Towards a Political Union (Auf dem Weg zu einer Politischen Union)
<https://federalists.eu/resolutions-stat/resolution-towards-a-political-union/>
- Towards a genuine Foreign and Defense Policy within a Federal Europe (Auf dem Weg zu einer echten Außen- und Verteidigungspolitik in einem föderalen Europa)
<https://federalists.eu/resolutions-stat/resolution-towards-a-genuine-foreign-and-defense-policy-within-a-federal-europe/>
- A federal solution to relaunch Israeli-Palestinian peace process (Eine föderale Lösung zur Wiederbelebung des israelisch-palästinensischen Friedensprozesses)
<https://federalists.eu/resolutions-stat/a-federal-solution-to-relaunch-israeli-palestinian-peace-process/>
- For a Common European Media Space (Für einen gemeinsamen europäischen Medienraum)
<https://federalists.eu/resolutions-stat/for-a-common-european-media-space/>

Belgien, Luxemburg und Italien einen Eilantrag zur Organisation eines UEF-Kongresses im November 2025 eingereicht. Langwierige Diskussionen, die um Satzungsfragen geführt wurden, brachten keinen Fortschritt in der Sache, letztendlich sprach sich eine knappe Mehrheit von 34 zu 31 Stimmen für den Antrag aus. Zwischenzeitlich hat nun der Vorstand – das Executive Bureau (EB) – entschieden, den Kongress nicht mehr in diesem Jahr, aber vorzeitig im Februar/März 2026 durchzuführen.

In den Politischen Arbeitskreisen (Political Commissions) wurden vier Resolutionen erarbeitet. Die Beschlussvorlagen wurden in interessanten und lebhaften Diskussionen erörtert. Im Ergebnis der Debatte erhielten die geänderten bzw. ergänzten Fassungen im Plenum alle eine eindeutige Zustimmung.

Da im Frühjahr ein Streit im EB zum Rücktritt einer Vizepräsidentin, des Schatzmeisters und der Generalsekretärin geführt hatte, musste zumindest der vom Präsidenten vorgeschlagene Interims-Schatzmeister, Anto-

nio Argenziano, bestätigt werden. Er erhielt die notwendige Unterstützung der Anwesenden. Auf die Nachwahl eines Vizepräsidenten,



Schatzmeister Antonio Argenziano erläuterte seinen Bericht zu den Finanzen der UEF. Beide Fotos: UEF

so die Erläuterung von Domènec Ruiz Devesa, wurde bewusst verzichtet. Die Tagung war, darin waren sich alle Teilnehmenden einig, erfolgreich! Besonders der intensive Austausch zu den politischen Themen machte deutlich, warum wir als Föderalisten in Europa eng zusammenarbeiten. Das nächste Federal Committee findet vom 21. bis 23. November 2025 in Athen statt.

Verantwortlich: Michael Montag

UEF unterstützen und exklusives Geschenkpaket erhalten!

Unser europäischer Dachverband UEF hat in Zusammenarbeit mit dem Künstler Lorenzo Epis „The Federalist Posters Series“ herausgegeben. 12 Motive, darunter die Grafik auf der Titelseite, werden in verschiedenen Formaten angeboten – als Aufkleber, Postkarten, Poster und digitales Kit für Social Media Aktivitäten. Erhältlich als „Dankeschön“ gegen eine Spendenzahlung.

Nähere Informationen dazu gibt es hier: <https://federalists.eu/donate/>



Von der Wachenburg über St. Germanshof nach Helgoland

75 Jahre JEF Deutschland

Anlässlich unseres 75-jährigen Bestehens haben wir, die Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland, uns auf eine historische Reise begeben. Wir wollten die verbandsgeschichtliche Historie unserer Gründung nicht nur nacherzählen, sondern sie auch erleben. Deshalb haben wir uns im Juni auf der Wachenburg in Weinheim und im August an der deutsch-französischen Grenze in Sankt Germanshof versammelt. Enden wird unsere Reise im Sommer 2026 mit einer Aktion auf Helgoland.

Aber beginnen wir am Anfang. Wir schreiben das Jahr 1949 ...

Wachenburg: Geburtsstunde der JEF

Als Blickfang thront sie hoch über Weinheim, die Wachenburg. Dort haben sich 1949 junge Menschen getroffen, um inmitten der Nachkriegszeit Europa eine junge Stimme zu geben. Zur ersten „Wachenburg Academy“ kehrten wir an diesen Ort zurück, um über föderalistische Theorien zu lernen, aktuelle Herausforderungen zu diskutieren und gebührend an den Gründungsmoment zu erinnern – im Austausch mit ehemaligen JEFer:innen. Zwischen Anekdoten, Appellen und gemeinsamen Idealen wurde klar: Uns verbindet über Generationen hinweg die gleiche Vision – die eines vereinten, föderalen Europas.



„Familientreffen“ der JEF zur „Wachenburg Academy“

Sankt Germanshof: 75 Jahre Grenzsturm

Die zweite Jubiläumsaktion führte uns an einen weiteren geschichtsträchtigen Ort: Sankt Germanshof, ein kleines Dorf in der Südwestpfalz, direkt an der Grenze zu Frankreich. Vor 75 Jahren, im August 1950, stürmten Studenten aus ganz Deutschland

die Grenzen. Sie rissen Schlagbäume nieder und hissten die Europaflagge. Ihr Ziel: die Überwindung nationaler Grenzen und die Schaffung eines föderalen Europas.



Heute wie damals in St. Germanshof: Für ein Europa ohne Schlagbäume Beide Fotos: Helene Salzburger

Mit den nationalen Grenzkontrollen ist diese Botschaft 2025 aktueller denn je. Das Schengener Abkommen steht unter Druck. Gemeinsam mit der JEF Frankreich und der Europa-Initiative Sankt Germanshof-Weiler organisierten wir ein Pop-Up-Seminar. Unter dem Motto „Europa jetzt erst recht“ fanden Diskussionsrunden zu verschiedenen Themen statt, die einen generationenübergreifenden Austausch möglich machten und Denkanstöße zur aktuellen Lage lieferten.

Höhepunkt war der Festakt am Europa-Denkmal. Zwischen Europafahnen und sommerlichem Grenzpanorama richteten u. a. Kurt Beck, Jo Leinen und Doris Pack persönliche Grußworte an uns. Auch Vertreter:innen aus der Region wie Holger Zwick, Bürgermeister der Verbandsgemeinde Dahner Felsenland, Jean-Luis Pfeffer aus Wissembourg, Landrätin Susanne Ganster, Landrat Dietmar Seefeldt und Frédéric Siebenhaar vom Euro-district Pamina betonten, wie wichtig der offene Grenzraum für das tägliche Leben und für die europäische Idee ist.

Zum Abschluss formten wir, sichtbar aus der Drohnenperspektive, drei Botschaften aus Menschen und Schildern: „75 Jahre“, „Europa: jetzt erst recht“ und „Open Borders“. Umrahmt wurde der Moment von der Europahymne in drei Versionen: der klassischen deutschen Schiller-Strophe, einer französischen Fassung und einer modernen deutschen Interpretation. Damit war klar: Dieser Ort hat Geschichte und Zukunft.

Helgoland: Weitblick für die Zukunft

Der dritte Ort unserer Jubiläumsreihe liegt weit draußen in der Nordsee: Helgoland. Auf den ersten Blick verbindet man mit der Insel vor allem rote Felsen, Seevögel und steife Brisen. Doch Helgoland ist auch europäische Geschichte pur: Hier wurde 1950 das erste deutsche Zollgebiet nach dem Krieg wieder in den Geltungsbereich der Europäischen Gemeinschaft einbezogen – ein kleiner Schritt, der symbolisch für die Öffnung nach außen stand.

Im Sommer 2026 wollen wir Helgoland zu einem Ort des Ausblicks machen – wortwörtlich und im übertragenen Sinn. Nach der Rückkehr zu unseren Wurzeln auf der Wachenburg und dem Gedenken an einen mutigen Aufbruch in Sankt Germanshof wollen wir hier in die Zukunft blicken: Welche Vision haben wir für Europa in den nächsten 25 Jahren? Welche politischen und gesellschaftlichen Schritte sind nötig, um diese Vision Wirklichkeit werden zu lassen? Geplant sind Workshops, ein Europafest für die Inselbewohner:innen und eine große Abschlussaktion an der Küste.

Drei Orte: ein roter Faden

Wachenburg, Sankt Germanshof, Helgoland – drei Orte, die unterschiedlicher kaum sein könnten. Und doch verbindet sie ein gemeinsames Narrativ: Sie stehen für Aufbruch, Mut und die Bereitschaft, Grenzen – ob geografisch, politisch oder mental – zu überwinden. Die Wachenburg erzählt von der Gründungsidee der JEF, Sankt Germanshof von einer generationenübergreifenden Leidenschaft für ein Europa ohne Schlagbäume, Helgoland vom Blick in die Ferne und dem Vertrauen, dass das Projekt Europa weiterwachsen kann.

Mit unseren drei Jubiläumsaktionen wollen wir zeigen: Geschichte verpflichtet – und sie inspiriert. Wir feiern 75 Jahre JEF nicht nur, um zurückzublicken, sondern um zu bekräftigen: Unser Einsatz für ein vereintes, föderales und demokratisches Europa geht weiter.

Verantwortlich:
Nina Höll, Helene Salzburger

Wieviel Europa muss in den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?

Ein Beitrag von EUD-Vizepräsidentin Dr. Claudia Conen

Ein starkes Europa braucht einen starken öffentlich-rechtlichen Rundfunk (ÖRR). Doch umgekehrt muss der ÖRR auch seinen Programmauftrag zu Europa erfüllen. Was bedeutet das?

Der unabhängige öffentlich-rechtliche Rundfunk hat einen Programmauftrag: Die Gesellschaft soll umfassend und ausgewogen mit Informationen, Bildung, Kultur und Unterhaltung versorgt und so zur Meinungsbildung beigetragen werden. Der Programmauftrag soll die demokratischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse der Gesellschaft erfüllen und die internationale Verständigung sowie den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern. Der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist im Wesentlichen in den Landesmediengesetzen und den Rundfunkstaatsverträgen verankert. Der ÖRR soll dabei unabhängig von staatlicher Einflussnahme agieren.

Umgekehrt muss der ÖRR dabei eine Vielfalt an Perspektiven abbilden, um als Medium und Faktor der freien Meinungsbildung wirken und so die Demokratie stärken zu können. Im Bereich der Europapolitik manifestiert sich im Programmauftrag damit auch die Verantwortung der Sender, in ihren Programmen formatübergreifend über die vielfältige und komplexe Europapolitik ausgewogen und umfassend zu berichten. Anlässlich der Reform des Medienstaatsvertrages des ÖRR hatte sich die EUD stark gemacht für die Erhaltung von Arte und Phoenix (s. Beschluss des EUD-Bundeskongresses vom 20.10.2024).

Ein Sender darf sich beim Thema Europa nicht nur auf die wichtigen tagesaktuellen Nachrichten- und Informationsformate beschränken, sondern muss Europa als Querschnittsaufgabe begreifen. Nicht nur globale Herausforderungen, sondern auch der Fakt, dass der größte Teil der Gesetzgebung für uns EU-Bürgerinnen und -Bürger in Brüssel und Straßburg beschlossen wird, machen es erforderlich, dass über die EU-Politik fundiert berichtet und diese auch angemessen erklärt wird.

Mit Sendungen wie „heute in Europa“ werden werktäglich europäischer Alltag sowie Probleme und Lösungsideen unserer Nachbarn gezeigt und gemeinsame, grenzüberschreitende Projekte vorgestellt. Aber es ist ebenso wichtig, dass die Europaberichterstattung in jeglichen Angeboten der Sender und damit in allen Formaten stattfindet: von Nachrichten und Live-Sendungen aus dem EU-Parlament, über Diskussionsformate wie Talkshows, über investigative Recherchen, Gespräche in Morgenmagazin (MoMa) und Mittagsmagazin (MiMa) bis zu Dokumentationen und Fiktion.

Und gleichfalls geht damit einher, dass auch diejenigen zu Wort kommen, die die Bürgerinnen und Bürger in der EU vertreten: Europaabgeordnete, aber auch Vertreter von Rat und EU-Kommission.

Globale Problemstellungen zeigen zugleich die Herausforderung für die Europaberichterstattung in den Sendeangeboten: Multilaterale Entscheidungsprozesse in der Europapolitik sind häufig komplex und europäische Akteure mitunter weniger bekannt als Bundespolitikerinnen und -politiker. Umso mehr kommt dem ÖRR die Aufgabe zu, europäische Politik in ihrer praktischen Be-



Dr. Claudia Conen ist stellv. Vorsitzende des ZDF-Fernsehrates. Foto: Gerolf Mosemann

deutung für den Lebensalltag der Zuschauerinnen und Zuschauer zu vermitteln und EU-Politikerinnen und -politiker als zentrale Entscheidungsträger im Programm stärker zu zeigen. Das Ziel des ÖRR muss es sein, Europa in allen publizistischen Bereichen abzubilden, um Menschen aller Altersgruppen und Bildungshintergründe zu erreichen.

Übrigens: In der EUD gibt es eine AG Medien. Sie wird geleitet von Dr. Natascha Zeitel-Bank. Wer Lust hat, sich hier zu engagieren, meldet sich gern bei der EUD-Geschäftsstelle. Mehr unter: <https://www.europa-union.de/aktivitaeten/arbeitsgruppen/europa-in-den-medien>

Fünf Forderungen an politische Entscheidungsträger und den ÖRR

- Die EU-Berichterstattung muss in Breite und Tiefe ausgedehnt werden, v. a. die Berichterstattung über konkrete (Wahl-)Anlässe hinaus. Es braucht mehr Erklärformate zu Europa und Mitwirkungsmöglichkeiten, stärkere Visibilität demokratischer Vertreter der EU-Bürgerinnen und -bürger.
- Europa darf im Programm nicht abstrakt erscheinen, sondern als konkreter Lebensraum mit politischer Gestaltungskraft im Alltag der Menschen. Dazu braucht es im ÖRR eine ressortübergreifende Berichterstattung auf allen Ausspielwegen.
- Auslandsstudios, insb. Brüssel und Straßburg, müssen jegliche Unterstützung erfahren, d. h. mit allen erforderlichen Personal- und Finanzressourcen ausgestattet werden, um dem quantitativen und qualitativen Anspruch gerecht zu werden.
- Der ÖRR muss in die Lage versetzt werden, seine Berichterstattung in verschiedenen Sprachen und über Zweikanalton auszustrahlen. Der Alltag vieler Europäerinnen und Europäer ist schon mehrsprachig.
- Kooperationsprojekte des ÖRR verschiedener EU-Mitgliedstaaten müssen ausgebaut werden.

Sachsen

10 Jahre Landesverband & 68. Bundeskongress

Das 10-jährige Gründungsjubiläum der Europa-Union Sachsen und der 68. EUD-Bundeskongress in Chemnitz: zwei große Anlässe für uns in diesem Herbst, die es zu feiern gilt!

Auf der Landesversammlung im Frühjahr, die traditionell von Europa-Union und JEF gemeinsam ausgerichtet wurde, sind Landesvorsitzende Katharina Wolf (Dresden), Schatzmeister Ronny Rammelt (Leipzig), der stellv. Landesvorsitzende Dr. Peter Jahr (Leisnig) und der „JEF-Botschafter“ Vincent Kaienburg (Leipzig) wiedergewählt worden. Neu im Vorstand als stellv. Landesvorsitzende sind Stefan Dietrich aus Leipzig und Fabian Funke aus Pirna.

„Im zehnten Jahr nach Gründung der Europa-Union Sachsen stehen damit auch weiter engagierte Personen an der Spitze des Landesverbandes, dafür bin ich sehr dankbar“, so die Vorsitzende Katharina Wolf.

Die Vorstandsklausur am 28. Juli stand ganz im Lichte des Bundeskongresses. Geleitet wurde weiter am Programm für den 11./12. Oktober, denn auch das Jubiläum des Landesverbandes soll anlässlich des Kongresses gebührend gefeiert werden. Der Tagungsort – die Europäischen Kulturhauptstadt Chemnitz – spornt uns an, ein attraktives Programm nicht nur für die

Delegierten aus ganz Deutschland, sondern auch für unsere Gäste aus der Region und ganz Sachsen gemeinsam mit dem EUD-Bundesverband zu gestalten.

Mit dem Eröffnungspodium greifen wir ein schon seit längerem im Verband diskutiertes Thema auf: „Europa(politik) in Ostdeutschland“. Zwei zentrale Fragen wollen wir erörtern: Warum zündet die europäische Idee in Ostdeutschland nicht so wie in anderen Regionen? Was kann getan werden?

Mit dem zweiten Podium „Von Wasserkunst über Wismut zum Wafer – Geschichte, Gegenwart und Zukunft von Industrie und Kultur in Europa“ erinnern wir daran, dass Chemnitz mit der gesamten Montanregion Erzgebirge (heute Weltkulturerbe) über lange Zeit das industrielle Zentrum Europas war. Der Uranbergbau der Wismut wirft das Licht auf ein wenig bekanntes Kapitel der DDR-Industrie. Sachsen ist heute das Zentrum der europäischen Halbleiterindustrie und wesentlicher Baustein der Zukunft der Industrie in Europa.

In der Hartmann-Fabrik in Chemnitz, heute ein Hotspot des Kulturerbe-Jahres, wurden Lokomotiven gebaut. Dies gibt uns den Anlass, in der dritten Talkrunde das Thema



Aus Chemnitz, für Sachsen, für Europa: Unter dem Motto „Unsere Idee kennt keine Grenzen“ tritt der EUD-Bundeskongress am 11. und 12. Oktober in der Europäischen Kulturhauptstadt 2025 zusammen. Die Besucher von Chemnitz ebenso wie Delegierte und Gäste unserer Tagung erwarten ein spannendes Programm.
Foto: Firstclasspixel_Volker Sachse/pixabay

„Schiene – grenzenlos: Von der Mobilität in Europa“ in den Mittelpunkt zu stellen. Wir beleuchten die europäische Bahnindustrie, transeuropäische Schienennetze und auch den „kleinen Grenzverkehr“ zwischen Sachsen, Tschechien und Polen.

Am Samstagabend werden wir mit einem Empfang unser 10-jähriges Jubiläum feiern. Neben der Möglichkeit, sich am Freitag ein persönliches Highlight aus dem vielfältigen Programm der Kulturhauptstadt herauszusuchen, wollen JEF Sachsen und JEF Deutschland am Vortag des Kongresses einen europäischen Marsch durch Chemnitz organisieren.

Chemnitz will gefeiert werden, wir freuen uns auf die europäische Begegnung!

Verantwortlich: Katharina Wolf

Bremen

Big Tech muss weg!

Die Europa-Union Bremen hatte in Kooperation mit Radio Bremen den Kölner Medienwissenschaftler Martin Andree zu Gast. In der gut besuchten Veranstaltung stellte Andree sein Buch *Big Tech muss weg!* und seine umfangreiche Studie dazu vor. Er zeigte auf, wie die digitalen Internetmonopolisten Google, Apple, Meta, Amazon,

Facebook, Microsoft und TikTok den Markt zerstört haben, wie der Netzwerkeffekt die Mitbewerber karnalisiert hat und wie demokratisierend unregulierte Digitalunternehmen sind, die de facto Massenmedien geworden sind, aber als solche nicht reguliert werden. Mit dem digitalen Binnenmarkt (DSM) und dem Digital Services Act (DSA) hat die EU zwar wichtige Instrumente geschaffen, die aber nicht vollumfänglich implementiert sind.

Der Autor argumentiert für die Rückeroberung

des Internets durch Verbraucherinnen und Verbraucher. Er will digitale Hightech mit wehrhafter Demokratie verbinden. Die Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger müsse die Leitlinie nationaler und europäischer Politik sein. Freiheit und Verantwortung gehörten zusammen. Andree richtet sich deutlich gegen einen libertären Freiheitsbegriff und plädiert für eine in soziale Marktregeln eingebettete digitale Wirtschaft. Sein Ansatz stieß auf eine lebendige Debatte.

Verantwortlich: Dr. Helga Trüpel

Brandenburg

Oberhavel

„Russland, die Ukraine, der Krieg und wir“: Unter dieser Überschrift lud die Europa-Union Oberhavel Mitte Juli zu einem Vortrag mit Lesung des ZEIT-Korrespondenten Michael Thumann ein. Mehr als 50 Interessierte folgten der Einladung ins Oranienburger Regine-Hildebrandt-Haus – ein eindrücklicher Beleg dafür, wie sehr dieses Thema nach wie vor die Menschen bewegt.

Michael Thumann berichtet seit den 1990er-Jahren aus Russland, Osteuropa und dem Nahen Osten und leitet das Moskauer Büro der ZEIT. Grundlage seines Vortrags war sein aktuelles Buch *Eisiges Schweigen flussabwärts*, für das er auf dem Landweg von Moskau nach Berlin gereist ist und in dem er von Begegnungen mit Menschen aus ganz Osteuropa erzählt, ihre Ängste vor Russlands Revanchismus schildert und die tiefen Risse in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen beleuchtet.

Jene Risse – spezifisch in den deutsch-russischen, aber auch den russisch-europäischen Beziehungen – standen dann auch im Mittelpunkt des hoch spannenden Abends. Thumann zeichnete ein eindringliches Bild von Russlands Entwicklung in der Putin-Ära: Noch nie zuvor sei das Land so konsequent von Europa entfremdet worden. Damit raube Putin den Menschen die Hoffnung – und die Zukunft, denn im Laufe ihrer Geschichte hätten sich die Russen immer Europa zuge-

wendet. Putin aber suche nicht die Integration Russlands in Europa, sondern die Ausdehnung seiner Einflussphäre nach Westen. Putins „Hinwendung“ nach Europa bedeute Kontrolle, Machtausbreitung, Einflussnahme.

Eindrücklich beschrieb der Journalist die gezielte Zerschlagung zivilgesellschaftlicher Brücken, da diese Putins autokratischem Denken widersprechen: NGOs, Stiftungen, Thinktanks und Kulturinstitute würden konsequent unterdrückt, enteignet, als terroristisch diffamiert oder geschlossen. Die Annäherung Russlands an Europa, die in den 1990er-Jahren eben nicht von den Staatskernen, sondern vor allem von Bürgerinnen und Bürgern, der Wirtschaft und Organisationen getragen und entwickelt wurde, werde so systematisch untergraben und nach und nach zerstört.

Bei der Lesung eines Abschnitts aus *Eisiges Schweigen flussabwärts* nahm Thumann die Zuhörerinnen und Zuhörer mit zu einem russisch-europäischen Grenzübergang auf Kaliningrader Gebiet. In der Schilderung seines zermürenden Wartens auf Ausreise machte er die Willkür und Angstmake der Grenzbeamten als Teil von Putins Machtapparat deutlich – ohne deren Menschlichkeit aus den Augen zu verlieren. Überhaupt sind es die Menschen und die Menschlichkeit, die bei Thumann im Fokus stehen. Dass hier nicht nur ein Russland-Kenner, sondern auch ein liebevoller Freund des Landes und seiner Bewohnerinnen und Bewohner spricht, stand an diesem Abend außer Zweifel.



Autor Michael Thumann mit Moderatorin Friederike Freier
Foto: Mona Schröder

Umso schwerer wiegt Thumanns Urteil über Putin – und was dessen Regime für Europa bedeutet: Putin sei ein „Gelegenheitsextremist“, der Schwächen und Uneinigkeiten des Westens gnadenlos ausnutze. Europa könne dankbar sein, dass die direkten Nachbarstaaten Russlands sehr resilient seien und Putins Expansionsdrang entschlossen entgegentreten: Finnland, die baltischen Staaten, Polen – und natürlich die Ukraine.

Zweieinhalb informative wie unterhaltsame Stunden nahm der Korrespondent sich Zeit für das Oranienburger Publikum, das intensiv und lebhaft mit ihm diskutierte – über diplomatische Optionen, die Zukunft der Ukraine und den Zustand der russischen Gesellschaft. Ein ausgesprochen gelungener Abend für die Europa-Union Oberhavel – nicht nur wegen der hohen Teilnehmerzahl, sondern vor allem wegen der intensiven Auseinandersetzung mit einem der drängendsten politischen Themen unserer Zeit.

Verantwortlich: Mona Schröder

Mecklenburg-Vorpommern

Breite Veranstaltungspalette

Die Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern hat die Schwierigkeiten, vor denen sie im letzten Jahr durch Umstrukturierungen in der Geschäftsstelle und Probleme in einem ihrer Kreisverbände stand, überwinden können.

Drei der vier Kreisverbände – Greifswald-

Vorpommern, Rostock und Schwerin – sind aktiv und arbeiten selbständig. Der Kreisverband Mecklenburgische Seenplatte befindet sich, vor allem durch Altersprobleme der Mitglieder, in einer Phase der Neufindung, in der er wieder zu einem größeren Engagement gelangen wird.

Die Zusammenarbeit mit den institutionellen Partnern des Landesverbandes, der Landeszentrale für politische Bildung, der Europäische Akademie in Waren und

der „Erinnerungs-, Bildungs- und Begegnungsstätte Alt Rehse“, gewinnt sichtbar an Kontinuität.

Die Veranstaltungen der Europa-Union Mecklenburg-Vorpommern werden von dem seit fast 30 Jahren existierenden Bildungsring „Europa MV“ durchgeführt. Dessen Arbeit wird durch die Landesregierung und die Bundeszentrale für politische Bildung gefördert. Die Angebote des Bildungsringes konnten erheblich erweitert werden. Auf dem Plan stehen Veranstaltungsreihen mit zumeist vierzehntägigem oder monatlichem Rhythmus. Das Spek-

rum reicht von den „Regionalen Gesprächen über europäische Fragen – Europa vor Ort“, das „Europafrühstück“, den „Philosophischen Gesprächskreis“, „Historische und aktuelle Europa-Informationen“ bis zu „Kunst und Musik in Europa“ sowie den Sprachkursen „Englisch Konversation“. Referenten von nah und fern stehen zur Verfügung.

Herausragen wird in diesem Jahr auch die Landesversammlung im Oktober mit einem publikumswirksamen Programm. Im Fokus werden diese Themen stehen:

„Politische, wirtschaftliche und kulturelle Verbindungen zwischen Nordamerika (insbesondere den USA) und Europa“, „Populist in Power: Trump an der Macht“ und „Transatlantische Beziehungen im Lichte der Münchener Sicherheitskonferenz 2025“. Geplant sind zudem eine interaktive Podiumsdiskussion zur Frage „Quo vadis Europa?“ sowie eine Lesung und Entertainment mit Gayle Tufts, einer aus den USA stammenden international bekannten Musik-Kabarettistin und Comedy-Entertainerin.

Inhaltlich erweitert haben wir unsere Online-Präsentation der „Informationen des Bildungsringes Europa MV“. Die vom Landesverband herausgegebene Schrift berücksichtigt wichtige Mitteilungen über europapolitische Neuigkeiten im Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, in der Bundesrepublik und in der Europäischen Union. Sie stößt bei unseren Mitgliedern wie auch vielen anderen Lesern über unser Bundesland hinaus auf erhebliches Interesse.

Verantwortlich: Prof. Dr. Joachim Gasielki

Berlin

Mitgliederversammlung mit Emotionen

Die Europa-Union Berlin (EUB) hat einen neuen Vorstand. Dem einstimmig wiedergewählten Co-Vorsitzenden Manuel Knapp steht jetzt Emmeline Charenton zur Seite, mit viel Erfahrung aus 10-jähriger aktiver Zeit bei den Jungen Europäischen Föderalist:innen (JEF). „Europa ist nicht selbstverständlich“, mahnte sie bei ihrer Vorstellung, sondern „eine Reise, die noch nicht zu Ende ist“. EUB und JEF machten Europa „erlebbar“; sie habe große Lust, die europäische Zukunft gemeinsam zu gestalten. Als Vize-Vorsitzende wurden Lisa Kühn neu und Silke Gebel MdB wiedergewählt.

JEF-Vorsitzende Lilly Bornemann lobte in ihrem Grußwort die EUB als „verlässlichen Partner“. In seiner Video-Botschaft würdigte Staatsminister a. D. Michael Roth die EUB als Verein, der glaubhaft für Freiheit stehe.

Im Jahresrückblick berichteten die Co-Vorsitzenden vom Triumph, mit unserem Team den „Blauen Bären“ gewonnen zu haben, von den über 42 absolvierten Kilometern Kiezspaziergänge oder von fröhlichen Treffen im „Café Europa“ bis hin zu einer fulminanten Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs im Roten Rathaus mit über 250 Gästen: So weit spannte sich der Bogen unserer Erfolge 2024.



Staffelübergabe mit viel Gefühl: Katharina Borngässer wird von Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann, den Landesvorsitzenden Emmeline Charenton und Manuel Knapp sowie Geschäftsführerin Victoria Borrell-Alvarez verabschiedet.
Foto: Alexis Gshtrayn

Dann wurde es emotional. Schweren Herzens mussten wir unsere bisherige Co-Vorsitzende Katharina Borngässer verabschieden, die auf eigenen Wunsch den Vorstand verlässt. „Mit ihr haben wir die EUB enorm vorangebracht. Sie hat die Brücke gebaut zur JEF“, so Manuel Knapp voller Wertschätzung über seine Co-Vorsitzende. Was folgte, waren stehende Ovationen, die kein Ende nehmen wollten. Wir wählten sie einstimmig zur Ehrenvorsitzenden der EUB; sie revanchierte sich mit dem Versprechen: „Ich werde nicht von der Bildfläche verschwinden“.

Julian Plottka vom Institut für Europäische Politik führte uns in seinem Impuls-Vortrag durch das facettenreiche Szenario der Gemeinsamen Sicherheits-

und Verteidigungspolitik der EU (GSVP), ein Bereich, der nach wie vor durch intergouvernementale Zusammenarbeit geprägt ist. Interessant war seine Beobachtung, die EU-Kommission sei bestrebt, ihre Binnenmarktkompetenz zu nutzen, um über die Förderung der Beschaffung und Produktion von Rüstungsgütern die GSVP zu vertiefen. Eine lebhaft diskutierte Diskussion schloss sich an.

Die Botschaft des Tages war klar: Die EUB lebt, bezieht Stellung, steckt voller bunter Ideen und setzt sie überaus erfolgreich um. Oder, wie Manuel Knapp es ausdrückte: „Wir wollen Europa ein Herz geben.“

Verantwortlich: Dr. Hans Jörg Schrötter

Hessen

Hessentag: Europa im Dialog

Am 17. Juni präsentierte sich die Europa-Union Hessen mit dem Kreisverband Wetterau und Mitgliedern der Europa-Union-Parlamentariergruppe im Landtag auf dem Hessentag in Bad Vilbel. Im Mittelpunkt standen Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern, darunter vielen Jugendlichen.

Besonderes Interesse weckte das Europa-Quiz mit Münzen, organisiert von Tobias Uter MdL. Auch der 72. Europäische Wettbewerb unter dem Motto „Europa? Aber sicher!“ wurde vorgestellt. Prominente Gäste wie Tarek Al-Wazir MdB, Landtagsvizepräsidentin Angela Dorn, Ines Claus MdL sowie Dr. Matthias Büger MdL u. v. a. tauschten sich mit uns aus. Ein herzlicher Dank gilt den Teams des Landesverbandes und des Kreisverbandes Wetterau für die starke Organisation.

Auszeichnungen für junge Talente

Der Europäische Wettbewerb wurde auch in diesem Jahr von der Europa-Union Hessen und ihren Kreisverbänden unterstützt und begleitet. So nahm Landesvorsitzende Ute Wiegand-Fleischhacker an der regionalen Siegerehrung der Stadt und des Land-



Preisverleihung in Hofheim

Foto: EUD Main-Taunus

kreises Darmstadt teil. Sie gratulierte den 92 Schülerinnen und Schülern, die für ihre Wettbewerbsbeiträge ausgezeichnet wurden, und betonte die Bedeutung des Engagements junger Menschen für Europa.

Zwei Bundessiegerinnen und 26 Landessieger der Main-Taunus-Schule in Hofheim wurden durch Kreisvorsitzenden Thomas Mann im Rahmen einer Feierstunde geehrt.

Die Karl-Kübel-Schule in Bensheim holte 10 Landespreise, sechs Anerkennungspreise sowie einen Bundespreis. Zur Preisverleihung überreichte Steven Schwarz, Vorsitzender des KV Bergstraße, die Urkunden und würdigte in seiner Ansprache die Bedeutung europäischer Bildung und zivilgesellschaftlichen Engagements.

Offenbach

Europafest und Studienfahrt: Beim Europafest in Obertshausen präsentierte sich die Europa-Union Offenbach mit Mitmach-

aktionen. Der Austausch mit Bürgerinnen und Bürgern stand im Vordergrund. Vom 15. bis 18. Mai reiste eine Gruppe nach Brüssel, Gent, Lille und Leuven – mit Besuchen im Europäischen Parlament und bei der Hessischen Landesvertretung.

Kassel

Trip nach Madrid: Eine Nordhessen-Delegation reiste in die spanische Hauptstadt

– organisiert von der Europa-Union Kassel und der Deutsch-Spanischen Gesellschaft. Neben dem obligatorischen Kulturprogramm standen Begegnungen mit jungen Europäerinnen und Europäern sowie ein akademischer Austausch auf dem Programm.

Europäische Akademie Hessen

Kontrovers mit Thomas L. Kemmerich: In der Formatreihe „Kontrovers“ diskutierte am 12. Juni der Thüringer FDP-Landesvorsitz mit Akademieleiter Thomas Otto Schneider über aktuelle politische Themen und stellte sich provokanten Fragen. Er plädierte für eine verständliche, bürgernahe Politik, die Populismus entgegentritt und Freiheit sowie Eigenverantwortung stärkt.

Verantwortlich: Sven Ringsdorf

Sachsen-Anhalt

Halle-Saalekreis

Europäische Dimension des Zukunftszentrums: Am 3. Juli lud die Europa-Union Halle-Saalekreis zum dritten Europa-Forum ins Literaturhaus Halle ein; EuropeDirect Halle war als Unterstützer dabei – diesmal unter dem Titel „Die europäische Dimension des Zukunftszentrums für Deutsche Einheit und Europäische Transformation“. Die Veranstaltung stieß auf große Resonanz: Über 80 Gäste kamen, um mit Entscheidungsträgern aus Politik, Zivil- und Stadtgesellschaft zu diskutieren. Das zeigt: Das öffentliche

Interesse am Zukunftszentrum ist ungebrochen – und die europäische Perspektive ist dabei für viele zentral.

Auf dem Podium sprachen Cornelia Pieper, Generalkonsulin Deutschlands in Danzig, Dr. Alexander Vogt, Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), sowie Jan Büchner, Geschäftsführer des Zukunftszentrums. Christian Scharf vom EuropeDirect Halle führte als Moderator durch den Abend.

Im Mittelpunkt stand die Frage, wie das Zukunftszentrum nicht nur die deutsche Einheit, sondern auch die europäische Transformation erfahrbar machen kann. Das Podium war sich einig: Halle soll noch stärker ein Ort der Debatte und Begegnung werden – offen, vielfältig und europäisch. Alexander Vogt brachte es mit

einem Augenzwinkern auf den Punkt: „Europa ist geil – und das Zukunftszentrum wird durch die europäische Dimension zum Erfolg!“

David Horn, Europa-Union-Kreisvorsitzender, unterstrich: „Das Interesse am Zukunftszentrum ist ungemindert hoch. Wir wollen als Teil der halleischen Zivilgesellschaft an seiner Gestaltung partizipieren – Europa darf hierbei nicht unter die Räder kommen, sondern muss ein elementarer Bestandteil des Zukunftszentrums sein.“

Die Europa-Union Halle-Saalekreis wird das Thema weiter begleiten – mit klarem Fokus auf Teilhabe, Transparenz, Bürgerbeteiligung und Bürgernähe.

Verantwortlich: David Horn

Nordrhein–Westfalen

Steinfurt

Europa macht binationale Paare glücklich: Die Vielfalt und der Zusammenhalt in Europa prägen das Projekt „Europa macht Menschen glücklich“. Die Europa-Union Steinfurt führte die am Projekt beteiligten 24 binationalen Paare aus dem Kreis erstmals am 9. Mai im Kloster Bentlage in Rheine zusammen. Landrat Dr. Martin Sommer bezeichnete den Europatag als einen passenden Anlass für das Treffen. „Sie prägen das, was Europa ausmacht“, so der Landrat an die aus vielen Nationen stammenden Paare. Die familiäre Gemeinschaft zeige, was Europa brauche: Vielfalt, Zusammenhalt, Respekt und ein friedliches Miteinander.

Dr. Angelika Kordfelder, Kreisvorsitzende der Europa-Union, berichtete vom ersten Impuls für das Projekt, den der Fotograf Hermann Willers gab, von den Gesprächen mit den binationalen Paaren, die dokumentiert wurden, und von der Anerkennung des Projektes durch den NRW-Europaminister Nathanael Liminski sowie der Absicht, die entstehende Ausstellung im Kreis Steinfurt zu zeigen und mit Gesprächen über europäische Themen zu begleiten. Wenngleich sich mehr als 30 Paare für die Teilnahme an dem Projekt gemeldet hätten, suche man noch weitere, vor allem aus kleinen Gemeinden des Kreises.

Die Erfahrungen der interviewten Paare zeigten, dass es für ein europäisches Zusammenleben inzwischen zahlreiche Erleichterungen gegenüber den frühen Jahren gebe, aber noch viel zu tun sei. Die immer noch schwierige Anerkennung ausländischer Schul- und Berufsabschlüsse oder der notwendigen Heiratsdokumente sind dafür Beispiele.

Einen besonderen Akzent bekam das Treffen der „Europäer aus dem Kreis Steinfurt“ durch den Vortrag von Dr. Oliver Karnau von der Denkmalpflege des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.

Monheim

Föderalistisches Manifest und Draghi-Report: „Geschichte und Zukunft der EU – ein föderatives Konzept für ein integriertes Europa“, so lautete das Thema einer Veranstaltung des Stadtverbandes am 5. Mai in der Europaschule Otto-Hahn-Gymnasium. Referent war Dr. Norbert Fabian, Mitglied im Landesvorstand der Europa-Union NRW und Vorsitzender des Kreisverbandes Duisburg. Er lehrte an der Ruhr-Universität Bochum Geschichte und Politik der EU. Ausgangspunkt seines Vortrages waren das Föderalistische Manifest der Europa-Union und der JEF Deutschland sowie der Draghi-Report. Es schloss sich eine Diskussion an.



Besuchermagnet: Das Glücksrad am Stand der Europa-Union auf dem Stadtfest „DORTBUNT“

Foto: Edgar Marsh

zu drehen. Die Flaggen mussten den Ländern richtig zugeordnet werden. Zudem gab es Fragen zu wichtigen Fakten und unterhaltsamen Dingen, mit deren Beantwortung die Standgäste ihr Wissen zu dem jeweiligen Land unter Beweis stellen konnten. Als Dankeschön erhielten die Beteiligten eine kleine Erinnerung an ihren Besuch am Stand der Europa-Union. Über einen Laufzettel waren sie auch an einem Gewinnspiel des Europe Direct Zentrums Dortmund beteiligt.

Dortmund, Herne, Bochum

Marc Chagall Ausstellung gemeinsam besucht: Es begann mit einer Idee im Kreisverband Dortmund. Man könne doch mal mit kunstinteressierten Mitgliedern nach Münster fahren. In Münster, das als Stadt des Westfälischen Friedens und „Wiege der Niederlande“ immer eine Reise wert ist, war bis zum 9. Juni im dortigen Picasso-Museum eine Ausstellung zur Bildsprache von Marc Chagall zu sehen. Die Idee fiel auf fruchtbaren Boden und verbreitete sich schnell im Ruhrgebiet. Daraus folgte am 1. Juni ein Treffen von Mitgliedern der Europa-Union aus Dortmund, Herne und Bochum in Münster. Vor dem Besuch der Ausstellung bestand ausgiebig Zeit, sich im Café mit Blick auf den Dom auszutauschen, um sich anschließend von der Bildsprache des Weltkünstlers Marc Chagall inspirieren zu lassen. Eine Sprache, in die man sich hineinarbeiten muss. Wir hatten Hilfe – mit einer sehr guten Führung.

Verantwortlich: Dr. Daniela Vogt

Dortmund

DORTBUNT: Auf dem Stadtfest Anfang Mai war die Europa-Union Dortmund im Zeltort für Nachhaltigkeit und Europa mit einem Stand vertreten. Die Vorstandsmitglieder informierten über ihre Arbeit. Interessierte hatten Gelegenheit, am Glücksrad mit den Flaggen der EU-Mitgliedstaaten



Landrat Dr. Martin Sommer und Kreisvorsitzende Dr. Angelika Kordfelder (1. u. 3. v. r.) begrüßten die binationalen Paare am Europatag im Kloster Bentlage.

Foto: Hermann Willers

Schleswig-Holstein

Europa hautnah erleben

Die Fehmarnbelt-Days 2025 (14. bis 16.06.) boten mehr als ein klassisches Bürgerfest – sie waren ein lebendiger Ausdruck dessen, was europäische Zusammenarbeit in der Ostseeregion bedeuten kann. Zwischen Kultur, Politik und Engagement trafen sich Tausende Menschen aus Deutschland, Dänemark und anderen europäischen Ländern in Lübeck – auf Augenhöhe und mit einer klaren Vision: Europa gemeinsam gestalten.

Da durften die Europa-Verbände aus Schleswig-Holstein natürlich nicht fehlen: Mit dabei waren u. a. die Europa-Union Schleswig-Holstein, die Jungen Europäischen Föderalist:innen SH, die Europäische Bewegung SH, die Europäische Akademie Sankelmark und die Europe Direct Büros aus Kiel und Südschleswig. Am gemeinsam betriebenen Infostand stellten sich die Verbände der Öffentlichkeit, warben für ihre Arbeit und für neue Mitglieder. Zudem konnte mit

einem digitalen Europa-Quiz das eigene EU-Wissen auf die Probe gestellt werden.

Darüber hinaus hatte die JEF SH zu einer Dialog-Veranstaltung mit dem JEF-Landesvorsitzenden Leon Schröter und der JEF-Bundesvorsitzenden Melanie Thut auf das Theaterschiff eingeladen. Gleichzeitig präsentierten die Europa-Union SH, die Friedrich-List-Schule Lübeck sowie der Reiseautor Oliver Lück einen Bildervortrag zur deutsch-dänischen Geschichte und zum lebendigen Miteinander der Ostseeanrainer. Bei der anschließenden Gesprächsrunde zum Fehmarnbelt-Tunnel und dem Zusammenwachsen Europas nahmen u. a. auch Barbara Gessler, Leiterin der Vertretung der EU-Kommission in Deutschland, sowie Niclas Herbst, Vorsitzender des Haushaltskontrollausschusses des Europäischen Parlaments, teil.

Die FBD 2025 haben eindrucksvoll gezeigt, wie europäische Integration jenseits der Brüsseler Institutionen gelebt werden kann. So wurde grenzüberschreitende Zusammenarbeit nicht nur thematisiert, sondern praktisch erfahrbar gemacht – in Gesprächen, Begegnungen, Musik und Austausch.



(v. l.) Lübecks Oberbürgermeister Jan Lindenau, Birgit Wille (Kreisvorsitzende EU Lübeck), Sandra von Kleist (Geschäftsstelle EUSH), Anette Röttger MdL, Europaminister Werner Schwarz

Foto: EUSH

Gerade in Zeiten zunehmender Polarisierung und populistischer Tendenzen bieten solche Events einen wichtigen Gegenpol: Sie zeigen, dass Europa auf lokaler und regionaler Ebene gestaltet wird, durch zivilgesellschaftliches Engagement, Jugendarbeit und politische Bildung. Die Fehmarnbelt Days sind damit eine politische Bühne für das Europa der Bürgerinnen und Bürger – und ein ermutigendes Signal für die Region und darüber hinaus.

Verantwortlich: Ralf Rose

Saarland

Grenzüberschreitend denken

Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Rendez-vous mit Europa“ begrüßte die Europa-Union Saar Jérôme Spinoza, den



„Rendez-vous“ mit Frankreichs Generalkonsul Jérôme Spinoza (M.) Foto: EUD Saar

Generalkonsul Frankreichs in Saarbrücken. Spinoza, der bereits in den 1990er Jahren in Deutschland studierte und das Amt des Generalkonsuls im März dieses Jahres übernommen hatte, sieht seine Aufgabe im Saarland als glückliche Fügung und Chance, die deutsch-französische Freundschaft aktiv mitzugestalten.

In seinem Vortrag betonte er die Bedeutung persönlicher Kontakte für die europäische Idee und zeigte sich beeindruckt von der Offenheit und Freundlichkeit der Menschen im Saarland. Zugleich sprach er freimütig über die Herausforderungen der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit: Eine Verbesserung der Bahnverbindungen, der Abbau bürokratischer Hürden für Unternehmen und die Förderung der Zweisprachigkeit sind für ihn die Schlüssel für eine erfolgreiche und grenzüberschreitende Zusammenarbeit.

Spinoza beschrieb das Saarland als „Schmetterling Europas“, dessen Flügel Deutschland und Frankreich seien – doch

ein Schmetterling könne nur fliegen, wenn die Infrastruktur funktioniere. Besonders deutlich wurde dies bei der Diskussion über die ausgefallene Paris-Exkursion der Europa-Union Saar, die durch Zugprobleme verhindert wurde.

Mit Blick auf die Frankreichstrategie+ lobte er deren Einzigartigkeit, erinnerte aber auch an deren konsequente Umsetzung – insbesondere in den Bereichen Bildung und Berufsorientierung. Sprachkenntnisse seien Schlüssel zur Mobilität: Französisch öffne Türen nach Luxemburg, Belgien, Westafrika oder Kanada. Er forderte ein bundesweites Exzellenznetz zur Sprachförderung auf Augenhöhe mit Englisch.

Die Veranstaltung verdeutlichte, wie lebendig die deutsch-französischen Beziehungen im Saarland sind – und wie wichtig der direkte Dialog bleibt, um europäische Herausforderungen gemeinsam anzugehen.

Verantwortlich: Milian Bäsel

Niedersachsen

Stärkung des Europa- bezugs in der Verfassung

Die Europa-Union Niedersachsen begrüßt die Einigung der Regierungsfractionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen mit der CDU-Fraktion auf eine Verfassungsänderung zur ausdrücklichen Stärkung des Europabezugs in der Niedersächsischen Verfassung. „Diese Verfassungsänderung ist ein starkes Signal für ein europäisch engagiertes Niedersachsen und eine überfällige Antwort auf die tiefgreifende Verflechtung unseres Landes mit der Europäischen Union“, erklärt Landesvorsitzender Harm Adam. „Wir haben lange dafür geworben, dass sich das Bekenntnis zur Europäischen Integration nicht nur in politischem Handeln, sondern auch in der Verfassung unseres Bundeslandes besser widerspiegelt.“

Mit der geplanten Änderung wird Artikel 1 Abs. 2 der Niedersächsischen Verfassung um ein ausdrückliches Bekenntnis zur Europäischen Union ergänzt. Zugleich wird das Land verpflichtet, aktiv zur Verwirklichung eines geeinten Europas beizutragen, das sich demokratischen, rechtsstaatlichen, sozialen und föderativen Grundsätzen sowie dem Subsidiaritätsprinzip verpflichtet weiß. Zudem wird die Mitwirkung der Regionen an Entscheidungen der EU verankert und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit ausdrücklich gewürdigt.

„Diese Verfassungsformulierung ist mehr als Symbolik – sie ist ein Bekenntnis zur offenen Staatlichkeit, zur multilateralen Zusammenarbeit und zur Zukunftsfähigkeit unseres föderalen Europas“, so Adam. „Besonders begrüßen wir, dass damit auch die Rolle der Regionen und die zivilgesellschaftliche grenzüberschreitende Kooperation gestärkt wird – zentrale Anliegen der Europa-Union.“

Hannover

Europa Café im Landtag: Das „Europa Café“ in Zusammenarbeit von Europäischem Informationszentrum (EIZ) und Europa-Union-Regionalverband Hannover am 19. Mai

führte 120 Schülerinnen und Schüler der Oberstufenklassen aus niedersächsischen Schulen und Berufsschulen in den Landtag und war eine sehr lebendige Veranstaltung. Getragen wurde das Europa Café von der Mitarbeit sehr gut vorbereiteter Jugendlicher. Ein Fest der Demokratie!

Landtagspräsidentin Hanna Naber betonte in ihren Eröffnungsworten die Wichtigkeit von Existenz und Erhalt eines geeinten Europas gerade auch für junge Menschen.



Europa Café im Niedersächsischen Landtag
Foto: von Eickstedt

In Arbeitsgruppen mit wechselnder Besetzung formulierten die Schülerinnen und Schüler ihre Vorstellungen, Forderungen und Wünsche zu verschiedenen europäischen Themenstellungen. Schwerpunkte wie die Gleichstellung von Mann und Frau, Klimaschutz, wirtschaftliche Zusammenarbeit, gemeinsame Verteidigungsanstrengungen und die Verwirklichung von Unabhängigkeiten von Großmächten wurden angesprochen und mit Abgeordneten aus dem Europa-Ausschuss intensiv diskutiert. Das EIZ und der EUD RV Hannover ziehen ein positives Fazit aus der Veranstaltung und können sagen, dass „Europa“ bei den anwesenden jungen Menschen einen hohen Stellenwert hat!

Celle und Verden

Europabildung an Schulen: Die Europa-Union Celle ist an der BBS1 in Altenhagen zu Gast gewesen. Diese wurde feierlich zur „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“ ernannt. Im Rahmen der Ausstellung „Rassismus und Diskriminierung“ in

der Pausenhalle konnte mit vielen Schülerinnen und Schülern über Europa diskutiert werden. Bei unserer Umfrage gaben alle an, sich als Europäerinnen und Europäer zu fühlen. Bei der Frage nach der Präsenz der Europapolitik in ihrem Alltag verteilten sich die Stimmen auf „Ja, sie ist präsent“ bis „Sie könnte noch präsenter sein“. Richtig uneins waren sich die Jugendlichen bei der Frage, ob mehr oder weniger gemeinsames Handeln wünschenswert wäre. Daraus ergaben sich leidenschaftliche Debatten.



Bernd Lange MdEP und Dörte Liebetruhl MdL an der Oberschule Verden
Foto: Hoppenstedt

In Verden haben Schülerinnen und Schüler der 9. Klasse der Oberschule Verdener Campus den Wunsch nach Frieden in Europa und zahlreiche weitere Ideen zur Zukunft in Europa gemeinsam entwickelt und dem Europaabgeordneten Bernd Lange mit auf den Weg gegeben. Aus Anlass des Europa-Tages am 9. Mai hatten Dorothee Danèl, Petra Hoppenstedt und die Landtagsabgeordnete Dörte Liebetruhl aus dem Vorstand der Europa-Union Verden die Initiative für die Veranstaltung ergriffen und sie gemeinsam mit Politiklehrerin und -obfrau Nicole Pals aus dem Team der Campus-Schule vorbereitet. Zum Aufwärmen lud Petra Hoppenstedt, die auch als Landesvorsitzende des Verbands der Europaschulen Niedersachsen aktiv ist, die Jugendlichen zu einem Europa-Quiz ein, bevor es in wechselnden kleinen Arbeitsgruppen inhaltlich zur Sache ging. In der Abschlussdiskussion präsentierten die Jugendlichen ihre Ergebnisse.

Verantwortlich: Cord Wilhelm Kiel

Baden-Württemberg

Landesversammlung

Die Landesversammlung tagte unter dem Motto „Gemeinsam für ein blühendes Europa“ in Freudenstadt, der Stadt der Landesgartenschau. Dank der großen Unterstützung von Oberbürgermeister Adrian Sonder und der Europa-Beauftragten Fabienne Janz bot die Stadt einen besonderen Veranstaltungsrahmen – angefangen vom Ratssaal als Tagungsort, einer Fahnenaktion auf dem Rathausurm bis hin zur Pflanzung eines „Europa-Baums“ aus Anlass der Tagung. Festredner war der Vorsitzende der GRÜNEN-Landtagsfraktion, Andreas Schwarz. Er rief dazu auf, die europäische Integration angesichts vieler Herausforderungen zu vertiefen. Bei den Wahlen zum Landesvorstand wurde Evelyne Gebhardt als Vorsitzende im Amt bestätigt. Als stellv. Vorsitzende ebenfalls wiedergewählt wurden Werner Henn, Michael Joukov MdL, Dr. Markus Schildknecht und Florian Ziegenbalg, neu gewählt wurde Dr. Andrea Wechsler MdEP. Schatzmeister Bernhard Freisler, Mediensprecher Daniel Frey und Schriftführer Jan-Philipp Scheu wurden in ihren Ämtern bestätigt. Beisitzerinnen und Beisitzer sind Dr. Sebastian Camarero Garcia, Martina Heer, Daniela Meier, Wolfgang Merkle, Heide Pick, Jakob Rauschert, Simone Schmidt, Peter Schulze und Sebastian Wolf. Für ihre Verdienste um die Europa-Union erhielten Carolin Dunkelberg, David Linse und Reiner Wichels die silberne Ehrennadel. Die Landesversammlung verabschiedete einen Leitantrag mit europapolitischen Forderungen für die Landtagswahl 2026.

Europa-Preis für Kommunen

Unter dem Motto „Der Europa-Preis für Kommunen – kommunale Europa-Arbeit auszeichnen und sichtbar machen“ haben die Europäische Bewegung und die Europa-Union Baden-Württemberg (EUBW) gemeinsam mit den kommunalen Landesverbänden erstmals am 9. Mai im Amtssitz des Ministerpräsidenten Auszeichnungen an europaengagierte Städte, Gemeinden und Landkreise verliehen. Der Preis, der von der Europa-Union initiiert wurde und von den

kommunalen Landesverbänden unterstützt wird, soll die Vielfalt und Resilienz der kommunalen Europafähigkeit öffentlich anerkennen und einen Beitrag zur Weiterentwicklung der Europäischen Idee leisten. Europa-Staatssekretär Florian Haßler und die Spitzen von Städtetag, Landkreistag und Gemeindetag übernahmen zusammen mit der EUBW-Landesvorsitzenden Evelyne Gebhardt die Preisverleihung.

Rede über Europa

EUBW-Landesvorsitzende Evelyne Gebhardt und der Vizepräsident der Europäischen Bewegung BW, Peter Haas, ehrten 13 Preisträgerinnen und Preisträger des diesjährigen Wettbewerbs „Rede über Europa!“. Preisträgerin Rang 1 ist Sara Winkler, Preisträgerin Rang 2 Laura Zimmermann. Ausgezeichnet wurden auch die beiden Erstplatzierten des euRobi-Stifterpreises für Auszubildende, Lorenz Engisch und Jonas Steimle. Die Gewinner-Beiträge können über <https://ebbw.eu/eurobi> abgerufen werden.

AG Donauraumstrategie

Informationsreise nach Bulgarien: Gemeinsam mit dem KV Baden-Baden/Rastatt führte die AG Donauraumstrategie eine Informationsreise nach Bulgarien durch. Neben der Hauptstadt Sofia besuchte die Gruppe u. a. das UNESCO-Welterbe Kloster Rila und die Städte Plovdiv sowie Weliko Tarnovo.

Junge Europäer – JEF

Junges Europäisches Parlament im Landtag: Alle zwei Jahre findet das Planspiel der JEF BW zur Funktionsweise des Europäischen Parlaments (JEP) im Landtag statt. Dieses Jahr konnten 170 Schülerinnen und Schüler aus ganz Baden-Württemberg begrüßt werden. Das Besondere des diesjährigen JEP:



Preisverleihung an europaengagierte Kommunen, Stadt- und Landkreise in der Villa Reitzenstein in Stuttgart
Foto: EUBW

Den Antrag „KI in der EU“ hat das Team des AIDAHOs (AI & Data Science Certificate Hohenheim) erarbeitet. Die Kooperation mit der Universität Hohenheim wurde durch unser Mitglied Tobias Schrimpf ermöglicht.

European Youth Event und „Don't touch my Schengen“-Demo: Dank der beiden MdEPs René Repasi und Vivien Costanzo konnten 20 Mitglieder der JEF BW beim diesjährigen European Youth Event in Straßburg teilnehmen, zu dem alle zwei Jahre knapp 10.000 junge Menschen aus ganz Europa zusammenkommen. Es konnten viele Workshops und Diskussionen besucht sowie wertvolle Kontakte geknüpft werden. Die JEF organisierte nach der Abschlusszeremonie eine Demo vor dem Parlament anlässlich des 40-jährigen Bestehens des Schengener Abkommens, um für ein Ende der nationalen Grenzkontrollen zu demonstrieren.

Freudenstadt

Europäischer Wettbewerb: Bei der Preisverleihung für den Europäischen Wettbewerb im Kurhaus in Freudenstadt konnte der Europa-Union-Kreisvorsitzende, Bürgermeister Tore-Derek Pfeifer, zusammen mit Oberbürgermeister Adrian Sonder zahlreiche Preisträgerinnen und Preisträger und deren Lehrkräfte begrüßen und auszeichnen. Staatssekretärin Sabine Kurtz MdL und der Geschäftsführer des Europa Zentrums Baden-Württemberg, Dr. Stefan Schubert, ergänzten den Kreis der Eingeladenen.

Verantwortlich: Florian Ziegenbalg

Rheinland-Pfalz

Europäischer Wettbewerb

Die zentrale Preisverleihung des Europäischen Wettbewerbs unter dem inspirierenden Motto „Europa? Aber sicher!“ fand am 27. Mai im Haus der Jugend in Mainz statt. Die Veranstaltung bot den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein abwechslungsreiches und bereicherndes Programm, das die Vielfalt und den Geist des Wettbewerbs widerspiegelte.

In diesem Jahr erfreuten wir uns über eine beeindruckende Teilnehmerzahl von insgesamt 6.226 Schülerinnen und Schülern, was eine erfreuliche Steigerung im Vergleich zu den Vorjahren darstellt. Rheinland-Pfalz liegt damit direkt hinter den Bundesländern Bayern und Baden-Württemberg und demonstriert eindrucksvoll das Engagement der Schulen für europäische Themen.

Nach der Preisverleihung hatten die Gäste die Möglichkeit, an einem bildungswirksamen Programm im Naturhistorischen Museum teilzunehmen, das spannende Einblicke in die Welt der Naturwissenschaften bot. Im Anschluss daran wurde ein gemeinsames Mittagessen organisiert, das durch großzügige Unterstützung des Landtags und des Landtagspräsidenten Hendrik Hering, einem großen Förderer des Europäischen Wettbewerbs, ermöglicht wurde.

Wir hatten zudem die Ehre, Bildungsminister Sven Teuber und den Landtagsviizepräsidenten Matthias Lammert bei der Veranstaltung begrüßen zu dürfen. Beide hoben die Bedeutung des Wettbewerbs für die Förderung des europäischen Gedankens und die Bildung junger Menschen hervor.

Ein besonderer Dank gilt Frederic Krämer und Timor Reuther von der Europa-Union, die mit großem Engagement die Organisation des Wettbewerbs geleitet haben. Ihre hervorragende Arbeit hat maßgeblich zum Erfolg der Veranstaltung beigetragen.

Insgesamt war die Preisverleihung ein festlicher Anlass, der die Bedeutung des



Der rheinland-pfälzische Bildungsminister Sven Teuber im Gespräch mit Preisträgerinnen und Preisträgern
Foto: Landtag Rheinland-Pfalz

Wettbewerbs für die europäische Bildung und den interkulturellen Austausch eindrucksvoll unterstrich. Wir freuen uns auf die kommenden Jahre und die weitere Förderung des europäischen Gedankens in unseren Schulen.

Kaiserslautern

Europäische Feierstunde: Die Europa-Union Kaiserslautern richtete anlässlich des Europatages 2025 ihre traditionsreiche Europäische Feierstunde in der gut besuchten Friedenskapelle Kaiserslautern aus. Nach den Grußworten von Oberbürgermeisterin Beate Kimmel und Michael Staudt, Leiter der Volkshochschule Kaiserslautern, durfte Kreis- und Landesvorsitzender Dr. Norbert Herhammer den Diplom-Politologen Ingo Espenschied als Gastredner willkommen heißen. Espenschied, der an der Pariser Sorbonne und der London School of Economics Internationale Politik studiert hat

und als ausgewiesener Experte für deutsch-französische und europäische Beziehungen gilt, sprach zum Thema „75 Jahre Europa – 75 Jahre Schuman-Plan: eine Bilanz“.

Mit seinen Produktionen konnte er bislang mehr als 250.000 Zuschauer in 11 Ländern begeistern. Internationale Buchungen und Auftritte von und mit zahlreichen Spitzenpolitikern, Landesregierungen, Ministerien und politischen Stiftungen sowie der Europäischen Kommission zeugen vom hohen Ansehen, das er sich mit seinen Live-Dokumentationen erworben hat. Entsprechend begeistert war auch das Publikum in Kaiserslautern am inoffiziellen Geburtstag der Europäischen Union.

Espenschied, der auch Präsidiumsmitglied der Europa-Union Deutschland ist, zeichnete in seinem Vortrag die Ereignisse rund um die Schuman-Erklärung vor der französischen Nationalversammlung nach, mit der im Kern das Ziel verfolgt wurde, die europäischen Staaten, vor allen Dingen Deutschland und Frankreich, wirtschaftlich, später auch politisch so miteinander zu verflechten, dass künftige Kriege zwischen ihnen unvorstellbar sein würden. Im Beisein des Mitveranstalters und Leiters des Europe Direct Kaiserslautern, Marco Zettl, beschrieb Espenschied eine zunächst kaum

für möglich gehaltene Erfolgsgeschichte, die auch als Vorbild gerade in Zeiten wiederkehrender Nationalismen dienen kann. Garniert von musikalischen Leckerbissen des Bläserensembles „Pian e forte“ mündete die Jubiläumsfeierstunde schließlich in einen geselligen Weinempfang.



Doklive mit Ingo Espenschied

Foto: Dr. Norbert Herhammer

Verantwortlich:
Lisa Mandau

Schon gewusst?

Zum Ausbau der europäischen Rüstungsindustrie hat die EU-Kommission das SAFE-Programm für militärische Beschaffungen mit einem Volumen von 150 Milliarden Euro genehmigt, das 1,5-Milliarden-Euro-Programm EDIP zur Stärkung der Verteidigungsindustrie wird noch verhandelt.

Um die europäische Verteidigungsfähigkeit zu stärken, gilt es auch, sich von Auslandsimporten im Bereich der Chemieindustrie unabhängiger zu machen. Das betrifft insbesondere den Grundstoff Ammoniak: Der zentrale Bestandteil der Düngemittelproduktion ist zugleich Schlüsselbestandteil von Salpetersäure, die zur Herstellung von Explosivstoffen benötigt wird. Maßnahmen zur Stärkung der europäischen Düngemittelproduktion haben somit auch unmittelbar Auswirkungen auf die Rüstungsindustrie. Im Rahmen des „European Chemicals Industry Action Plan“ wurde Ammoniak im Juli als „essenziell“ für die EU-Wirtschaft eingestuft. ■

Europa aktiv App
im Google Play App Store



Europa aktiv App
im Apple App Store



Für die Lektüre auf dem Computer bietet sich das Europa aktiv E-Paper an:
<https://kiosk.europa-union.de>

Luxemburg

Verteidigungspolitik im Fokus

Im Mittelpunkt der zweiten Ausgabe der Veranstaltungsreihe „Let's Talk About Europe!“ der Europa-Union Luxemburg (EUL) stand ein hochaktuelles Thema: die europäische Verteidigungspolitik.

Zwei ausgewiesene Experten standen Rede und Antwort: der ehemalige Verteidigungsminister Luxemburgs, François Bausch, und Erich Kornberger, Leiter für Internationale Politik, Sicherheit und Entwicklung bei der Hanns-Seidel-Stiftung in München. François Bausch war viele Jahre Minister in Luxemburg, u. a. für Nachhaltigkeit, Infrastruktur und Verteidigung. Er gilt als Vordenker einer integrierten europäischen Sicherheitsarchitektur. In seiner Amtszeit wurde die luxemburgische Armee umfassend modernisiert. Erich Kornberger ist Experte für transatlantische Beziehungen und europäische Sicherheitspolitik. Er bringt sicherheitspolitische Perspektiven in die Bildungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung ein.

Schnell wurde in der Diskussion deutlich: Die europäische Verteidigung steht vor großen Herausforderungen. Jahrzehntlang wurde in vielen EU-Staaten zu wenig investiert, militärische Fähigkeiten



(v. l.) Stefan Kohler und Claude Franck (beide EUL) mit den Experten Erich Kornberger und François Bausch
Foto: EUL/Kateryna Mostova

abgebaut und Infrastrukturen vernachlässigt. Besonders Deutschland hat Nachholbedarf, etwa bei Logistik und militärischer Mobilität. Luxemburg konnte hingegen wichtige Fortschritte erzielen – durch modernisierte Kasernen und eine wachsende gesellschaftliche Anerkennung der Streitkräfte.

Ein zentrales Thema war die Notwendigkeit gemeinsamer europäischer Standards. Aktuell existieren in Europa zahlreiche unterschiedliche Panzermodelle, was die Interoperabilität erschwert. Die USA setzen hingegen auf wenige, einheitliche Systeme – ein mögliches Vorbild für Eu-

ropa. Die NATO bietet durch gemeinsame Ausbildung und Sprache bereits ein hohes Maß an Kompatibilität. Doch der politische Wille zur engeren europäischen Zusammenarbeit bleibe entscheidend.

Das Publikum beteiligte sich rege an der Diskussion. Im Anschluss bot ein kleiner Imbiss Gelegenheit zum persönlichen Austausch. Die Europa-Union Luxemburg dankt allen Beteiligten für den erkenntnisreichen Abend. Weitere Termine der Reihe werden auf www.europa-union.lu bekannt gegeben.

Verantwortlich: Stefan Kohler